



NIEDERSCHRIFT

über die 4. Sitzung des Bauausschusses der Stadt Landau in

der Pfalz

am Mittwoch, 21.01.2015,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:10



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Heidi Berger

ab TOP 1 NÖ abwesend (19:30 Uhr)

Susanne Burckhardt

Rudi Eichhorn

Peter Lerch

SPD

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Günter Scharhag

Michael Scheid

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Udo Lichtenthäler

FWG

Michael Dürphold

UBFL

Bertram Marquardt

AfD

Jürgen Sauer

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer



Berichterstatter

Christoph Kamplade

Schriftführer/in

Marlen Müller

Berichterstatter

Ralf Bernhard

Juliane Letz

Roland Schneider

Jörg Seitz

Entschuldigt

CDU

Peter Heuberger

Bernhard Löffel

Leben in Landau

Aydin Tas



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Zu Beginn der Sitzung begrüßte der Vorsitzende die neuen Mitarbeiterinnen des Stadtbauamtes

Frau Stefanie Herrmann, welche seit 05.01.2015 bei der Abteilung Mobilität und Verkehrsinfrastruktur als Sachgebietsleiterin für Mobilität und ÖPNV eingestellt wurde und Frau Katalin Kratz, die seit 05.01.2015 bei der Bauordnungsabteilung, als Sachbearbeiterin für Baugenehmigungen und Bauvorbescheide beschäftigt ist.

Änderungen und/oder Ergänzungen zur Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Information zum Sachstand stadt.weiter.bauen. im Rahmen der Landesgartenschau 2015 – Umsetzung des Themenbereichs „stadt.land.vernetzen.“
Vorlage: 610/333/2014
3. Unterschutzstellungskonzept für die Festung Landau,- Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 04.09.2014
Vorlage: 610/338/2015
4. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen von den anwesenden Einwohnern gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Information zum Sachstand stadt.weiter.bauen. im Rahmen der Landesgartenschau 2015 – Umsetzung des Themenbereichs „stadt.land.vernetzen.“

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 11.12.2014, auf welche verwiesen wird. Er machte deutlich, dass das Projekt „stadt.weiter.bauen.“ ein sehr gutes Beispiel für aktive Bürgerbeteiligung ist. Er bat die Öffentlichkeit und die Presse darum, diesen Prozess positiv zu begleiten.

Frau Letz von der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung informierte anhand einer Power-Point-Präsentation über den aktuellen Sachstand zum Thema „Stadt.Weiter.Bauen“. Insbesondere über den Themenstrang „stadt.land.vernetzen.“

Ziel dieses Themas ist die Beziehung und die Identität zwischen dem Stadtkern und den Stadtdörfern herauszuarbeiten unter der Fragestellung „Was verbindet die Landauer Stadtteile, was unterscheidet sie und welche Potenziale ergeben sich daraus?“ mit dem Ziel ortsspezifische Perspektiven für die gesamte Stadtentwicklung herauszufiltern. Aus diesen Gründen wird ein Weg mit gezielter Beteiligung der lokalen Akteure (z.B. Ortsvorsteher, Bewohner, Tante-Emma-Laden etc.) vorgeschlagen. Hierzu werden in den kommenden Monaten drei Aktionsbereiche durchgeführt. Voraussetzungen für die Bearbeitung des Themas sind:

- klar begrenzter Bearbeitungszeitraum und damit Umfang: 2015
- Bereitschaft der Akteure vor Ort
- Ausstellungsbeitrag auf der LGS stellt nur einen ersten Zwischenstand dar
- gezielte Beteiligung der vor Ort aktiven Akteure.

Normalerweise haben solche Projekte eine längere Bearbeitungszeit. Die Landesgartenschau bildet den Auftakt zu einem Beteiligungsprozess, der je nach Ergebnis über 2015 hinaus fortgeführt werden kann. Zum Schluss verwies Frau Letz auf die ausgeteilten Veranstaltungsflyer zum Thema „stadt.weiter.bauen.“ und bat um rege Beteiligung.

Ratsmitglied Herr Eichhorn teilte mit, dass sich einige mit der Informationsvorlage schwer tun, da sie nicht wissen, wie damit umzugehen ist. Dies habe die Fraktionsdiskussion gezeigt und das Feedback aus den Ortsbeiräten. Grundsätzlich ist das Thema „stadt.land.vernetzen.“ sehr zu begrüßen. Er fragt sich nur, warum gerade jetzt anlässlich der Landesgartenschau. Dient es dazu, den Stadtdörfern während der Schau ein Podium zu bieten? Wie geht man nach der Landesgartenschau damit um, wenn die finanziellen Mittel nicht mehr gegeben sind. Und wie ist es für die Stadtdörfer zu verstehen, wenn das Projekt beispielsweise die Schwerpunkte wie Innenentwicklung, Wandel der Infrastruktur und Wohnangebote für breite Bevölkerungsschichten setzt. Für ihn passe der nun angestoßene Prozess nicht zur ablehnenden Haltung der Verwaltung bei der Ausweisung von Sanierungsgebieten in den Stadtdörfern. Die einzigen Fördermittel, die die Stadtdörfer jetzt noch haben, sind die steuerlichen Vergünstigungen bei Sanierungsgebieten. Hier sehe er einen Widerspruch im Verwaltungshandeln.

Ratsmitglied Herr Lichtenthäler schloss sich den Ausführungen von Herrn Eichhorn an. Er fragte nach den anderen Themen zu stadt.weiter.bauen.

Frau Letz teilte mit, dass die Themenstränge alle parallel laufen. Es finden zu all diesen Themensträngen nicht nur Vernissagen, sondern auch verschiedene Veranstaltungen statt, sowohl innerhalb der Landesgartenschau als auch außerhalb. Mit diesem Programm sollen verschiedene Stadtentwicklungsprozesse angeschoben werden, die Landesgartenschau bietet eine ideale Bühne hierfür.

Der Vorsitzende merkte an, dass man heute nicht zum ersten Mal über dieses Projekt berichte. Es war ein zentrales Anliegen, dass man die Landesgartenschau nicht nur als Blumenschau sieht und umsetzt, sondern auch deutlich macht, dass das auch mit Stadtentwicklung zu tun hat und Stadtentwicklung geht über den innerstädtischen Bereich hinaus. Er bittet darum, Diskussionen die sich mit aktuellen Fragestellungen aus den Stadtteilen ergeben nicht mit dieser Thematik zu verknüpfen.



Ratsmitglied Herr Lerch wollte wissen, was man nach 2015 mit den gewonnenen Erkenntnissen aus diesem Programm macht. Dazu sollten konkrete Ansätze herausgearbeitet werden.

Der Vorsitzende bestätigte, dass man sicher viele positive Erkenntnisse erlangen wird und man sich dann Gedanken machen muss, wie man die einzelnen Punkte in den Stadtdörfern umsetzen kann. Dies wird einige Jahre in Anspruch nehmen.

Ratsmitglied Herr Marquardt fragte, wie der Prozess nach der Landesgartenschau organisatorisch weiterlaufe, um die Erkenntnisse sinnvoll nutzen zu können, da die Landesgartenschau gGmbH 2015 Ende des Jahres aufgelöst werden soll.

Frau Letz informierte, dass die Landesgartenschau gGmbH lediglich als wirtschaftlicher Veranstalter auftritt. Fachlich ist das gesamte Thema bei der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung des Stadtbauamtes angesiedelt. Die Erkenntnisse bleiben somit auch dort. Am Ende ist eine schriftliche Dokumentation geplant, die auch als Handlungsprogramm für die Zukunft angesehen werden kann.

Ratsmitglied Herr Dr. Ingenthron äußerte sich dankbar für den gesamten Prozess. Er empfindet dies als ein fast beispielloses Stück Bewusstseinsbildung inkl. Bürgerbeteiligung in dieser Stadt und man kann froh sein, dass die Gelegenheit da ist, diesen Prozess so durchzuziehen. Er rief seinen Ratskollegen ins Bewusstsein, dass es letztendlich auch am Stadtrat liegt, was aus den gewonnenen Erkenntnissen gemacht wird. Er lobt den Prozess Stadt.Weiter.Bauen. als eine gute und glückliche Entwicklung zu der er in dieser Form keine weitere Alternative sieht. Er appellierte an seine Kollegen das ganze positiver zu begleiten.

Ratsmitglied Herr Eichhorn merkte nochmals an, dass die CDU-Stadtratsfraktion ohne Zweifel hinter diesem Prozess steht. Er wollte nur darauf hinweisen, dass einige den Satz „...das Projekt stadt.weiter.bauen. finanziell auf das Jahr der LGS begrenzt ist, kann hier keine Zusicherung der Planung einer weiteren Bearbeitung erfolgen. ...“ (Seite 3 der Sivo) zu ernst nehmen könnten. Es sollte vermieden werden, dass nach der Landesgartenschau mit den gewonnenen Erkenntnissen nichts mehr geschieht.

Der Vorsitzende bestätigte, dass sich hierüber alle einig sind. Der Prozess endet nicht mit dem Ende der Landesgartenschau.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Unterschutzstellungskonzept für die Festung Landau,- Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 04.09.2014

Der Vorsitzende erläuterte kurz die Informationsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 12.01.2015, welche der Niederschrift als Anlage beigelegt ist und begrüßte zu diesem Thema Herrn Jörg Seitz von der Unteren Denkmalschutzbehörde, den gesamten Festungsbauverein, insbesondere die Berichterstatter Herr Frank Krämer (2. Vorsitzender des Festungsbauvereines) und Herrn Peter Weiler (Vorstandsmitglied), sowie Herr Dr. Thorsten Smidt vom Büro expo2508 aus Bonn. Als weitere Gäste zu diesem Thema begrüßte er auch Herrn Dr. Ulrich Himmelmann von der Generaldirektion Kulturelles Erbe, sowie Frau Kohl-Langer vom städtischen Archiv und Museum. Der Vorsitzende merkte an, dass man deutlich machen möchte, dass sich die Stadt Landau ihrer Verantwortung zur Landauer Festung stellt. Der Festungsbauverein wird als Partner gesehen, mit der gleichen Zielsetzung und er sieht alle gemeinsam auf gutem Weg. Er informierte, dass nun drei Vorträge folgen und man danach in die Diskussions- und Fragerunde übergehe.

Herr Seitz erläuterte anhand einer Power-Point-Präsentation zunächst, dass der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 04.09.2014 dazu führte, eine Unterschutzstellung der Festung auf Grundlage des Denkmalschutzgesetzes zu prüfen und die Auswirkungen zu benennen. Anlässlich des Antrages und aufgrund der Geschehnisse im Sommer 2014

wurde zunächst ein verwaltungsinterner Arbeitskreis „Festung“ unter der Leitung des Stadtbauamtes gegründet. Auf Veranlassung von Herrn Oberbürgermeister Schlimmer hat die Verwaltung aus diesem Kreis heraus in der Zwischenzeit die Erarbeitung eines Vermittlungskonzeptes in Auftrag gegeben – welches Herr Dr. Smidt später vorstellen wir - mit der Zielvorgabe, die Erlebbarkeit der Festung für Besucher und Bewohner der Stadt Landau zu verbessern. Ebenfalls auf Veranlassung von Herrn Oberbürgermeister Schlimmer wurde die Restaurierung des Festungsmodells beauftragt. Diese ist inzwischen abgeschlossen. Zum Thema „Unterschutzstellung“ hat man sich in ersten Abstimmungen auf ein Konzept verständigt. Herr Seitz stellt klar, dass das Konzept eine vollständige Unterschutzstellung der im Boden liegenden Festungsreste nicht vorsieht. Es wird vorgeschlagen, dass

- die bisher noch nicht in der Denkmalliste erfassten oberirdischen bzw. aufgemessenen Festungsteile als Einzelkulturdenkmale ergänzt werden, soweit die fachlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Dies erfolgt durch die Generaldirektion Kulturelles Erbe als Einzelfallprüfung im Rahmen Ihrer Zuständigkeit zur Führung der Denkmalliste

- Die Ausweisung einer Denkmalzone „Festung Landau“ in den unbebauten Bereichen der Landauer Parkanlagen (Savoyenpark, Goethepark, Schillerpark, Nordpark, Ostpark), in der alle bisher eingetragenen und fehlenden Festungsbauwerke und –mauern aufgelistet werden, sowohl die an der Oberfläche liegenden als auch die im Untergrund befindlichen. Dies erfolgt als Rechtsverordnung durch Beschluss des Stadtrates. Der Text soll so gefasst werden, dass problemlos weitere Teile ergänzt werden können.

- Auf dem gesamten Areal der ehemaligen Anlagen der Festung Landau wird ein fachlich definiertes und vertretbares Grabungsschutzgebiet eingerichtet. Diese Ausweisung wird öffentlich dokumentiert (z.B. Broschüre, Flyer) und kann so dem Bauherrn als erste Information dienen.

Zum zweiten Punkt des Antrages der SPD-Stadtratsfraktion informierte Herr Seitz, dass eine erste grobe Aufnahme bereits erfolgt ist. Aufgrund des hohen Arbeitsaufwandes ist eine langfristige Konzipierung, welche Bauwerke wann, zu welchen Bedingungen und Kosten wiederherzustellen sind, welche Betriebs- und Unterhaltskosten anfallen und welche Fördermittel eingeworben werden können, eine Aufgabe der nächsten Jahre. Der Vorschlag der Verwaltung geht dahin, sich zunächst auf das Vorhandene zu konzentrieren, statt neues dazu zu schaffen. Beispiel Pflegekonzept Fort/Queich, Vermittlungskonzept.

Zur Übernahme der Festung in die nationale Vorschlagsliste für die UNESCO-Welterbekommission hat die Verwaltung im Oktober eine entsprechende Anfrage zur Ermittlung der Voraussetzungen und Chancen an das zuständige Ministerium geschickt. Eine Antwort steht noch aus. Unabhängig von der Antwort des Ministeriums kann bereits jetzt festgestellt werden, dass ein solches Antragsverfahren mit



hohen Kosten und hohem Personalaufwand verbunden ist; bei gleichzeitig ungewissem Ausgang des Antragsverfahrens.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herr Seitz erläuterte Herr Weiler die Ziele, die Maßnahmen und die Visionen des Festungsbauvereins. Die drei wesentlichen Ziele des Vereins sind die Festung sichtbar, bewusst und erlebbar zu machen. Er verwies auf das Handout an die Bauausschussmitglieder, in dem alle Ziele festgehalten wurden.

Herr Krämer stellte im Anschluss den Antrag des Festungsbauvereins nochmals heraus:

- Die Entscheidungen des Rats sollen im Bewusstsein der Geschichte gefällt werden, damit die Festungsreste für die Stadt und Ihre Geschichte als historisches Zeugnis erhalten bleiben.
- Die gesamte Festung Landau, inkl. der unterirdischen Teile, soll unter Denkmalschutz gestellt werden.
- Die Unterschutzstellung bedeutet Sicherheit für Investoren und Bürger, sie muss einhergehen mit einem Konzept zum Umgang mit diesen Anlagen, das Investoren Planungssicherheit vermittelt.
- Die noch vorhandenen Teile der Festung sollen erhalten und nach Möglichkeit erlebbar gemacht werden. Dazu gehören: das Fort, die Schleusenanlagen der Queich, die Lunette 41, der Albersweiler Kanal und alle weiteren Teile.

Herr Krämer merkte erfreut an, dass der Vorschlag der Verwaltung und der Antrag des Vereins nicht weit auseinander liegen. Er erläuterte, wie die Sitzungsvorlage der Verwaltung vom Verein bewertet wurde. Der Vorschlag ein Grabungsschutzgebiet einzurichten wird sehr begrüßt. Allerdings stellt sich die Frage nach der räumlichen Abgrenzung des Gebietes, warum man keine gesamte Denkmalzone herstellt und wer dies letztendlich bewertet und entscheidet. Die Denkmalzone sollte nicht nur in den Parkanlagen ausgewiesen werden. Der Verein wünscht sich eine Zusammenfassung zu einer gesamten Denkmalzone (Queich, Parkanlagen, Einzeldenkmale, rote Kaserne...). Er verwies in diesem Punkt auf ein weiteres Handout an die Bauausschussmitglieder mit einer vorläufigen Liste noch vorhandener bzw. teilweise vorhandener Funktionsteile der Festung. Außerdem fordert der Verein, dass die Stadt entscheiden soll, welche Teile der Festung erhalten bleiben sollen und nicht der Investor. Der Festungsbauverein könnte hierbei beratend tätig sein. Das Thema UNSECO ist für den Verein nur von zweiter Priorität. Der Festungsbauverein stellt sich jedoch die Grundsatzfrage, wie es sein kann, dass eine Anlage, die woanders Welterbestatus hat in Landau nicht mal unter Schutz steht. Im Anschluss informierte Herr Krämer ausführlich über die Zusammensetzung und Aufgaben des Vereines.

Danach erläuterte Herr Dr. Thorsten Smidt das erarbeitete Vermittlungskonzept der Festung Landau, welches aufzeigen soll, wie die Festung erlebbar gemacht werden kann. Unter anderem erläuterte er verschiedene Vermittlungsmaßnahmen wie ein Vermittlungsmodul, einen Orientierungsplan, Begleitung durch Identifikationsfiguren, eine Rubrik „Wussten Sie schon...?“ und eine iBeacon-Anwendung (App). Während der Landesgartenschau schlug er Maßnahmen zur Verknüpfung des Vermittlungskonzeptes vor. Eine Art „Vorab-Flyer“ mit Übersichtskarte oder einen Prototypen des Vermittlungsmoduls.

Der Vorsitzende sprach an alle Beteiligten seinen Dank aus und betonte, wie viel Arbeit in dem ganzen Prozess steckt. Wichtig ist, dass man mit den Darstellungen des Herrn Dr. Smidt beginnt, jedoch auch mit dem Wissen, dass die Umsetzung nicht innerhalb eines Jahres erfolgen kann. Er machte deutlich, dass die Untere Denkmalschutzbehörde mit der GDKE eng zusammenarbeite und der Festungsbauverein mit eingebunden wird mit dem Ziel, immer zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Er bat die Bauausschussmitglieder darum in dieser Sitzung nicht zu sehr ins Detail zu diskutieren, sondern diese ganzen Informationen zunächst einmal setzen zu lassen.

Ratsmitglied Herr Lerch teilte mit, dass die Richtung der vorgeschlagenen Wege tendenziell zu begrüßen sind. Er fragte, ob viele Privatpersonen von der Erfassung der Denkmalzone betroffen wären



und ob dies in größerem Umfang der Fall sein wird. Außerdem fragte er Herrn Smidt, was das Ganze kostet, würde man es so umsetzen wollen.

Der Vorsitzende antwortete, dass man mit den betroffenen Privatpersonen bereits Gespräche führt, was auch sehr wichtig ist, um sie frühzeitig mit einzubeziehen.

Ratsmitglied Herr Dr. Ingenthron ist beeindruckt von der gesamten Ideensammlung. Man ist so auf gutem Weg, welcher viele Chancen und individuelle (Teil-)Lösungen bereithält. Er sprach ein Lob an alle Beteiligten aus.

Ratsmitglied Herr Lichtenthäler stimmte den lobenden Worten von Herrn Dr. Ingenthron zu. Allerdings müsse man noch darüber diskutieren, welcher Weg nun eingeschlagen werden sollte. Geht man den einer Denkmalschutzzone oder folgt man dem Antrag des Vereins und stellt die gesamte Festungsanlage unter Schutz. Ihm persönlich sind bei den Vorträgen die Folgen, welche sich aus den Vorschlägen ergeben, zu kurz gekommen.

Ratsmitglied Herr Dürrpold bedankte sich ebenfalls bei allen Beteiligten. Er merkte an, dass dies ein Prozess sein wird, der ständig weiterentwickelt werden muss. Deswegen sollte er nicht zu „festgezurrt“ werden, damit immer Spielraum da ist.

Ratsmitglied Herr Marquardt sprach auch seinen Dank an alle aus. Er findet es sehr erfreulich, dass alle zusammenarbeiten und begrüßt, dass was auf den Weg gebracht wird.

Der Vorsitzende stellt nochmals klar, dass das historische Interesse auch bereits in der Vergangenheit da war und nicht erst seit Bestehen des Vereins. Zum Rollenverständnis machte er deutlich, dass es keinen Schritt geben wird, ohne die inhaltliche Einbindung des Festungsbauvereines. Bei endgültigen Entscheidungen sicherte er zu, habe der Festungsbauverein auch die Möglichkeit im Bauausschuss nochmals zu Wort zu kommen.

Ratsmitglied Herr Eichhorn fragte, ob sich der Verein finanziell mit beteiligen könnte und ob die ADD dies so einstufe, dass die Mittel ohne Probleme für den Haushalt mit aufgenommen werden könnten. Außerdem wollte er wissen, ob es für einen solchen Prozess Fördertöpfe gibt.

Der Vorsitzende informierte, dass man im Haushalt 2015 50.000 Euro veranschlagt habe. Dies ist dem Bereich „freiwilliger Aufgaben“ zuzuordnen. Er ist guten Mutes, dass man dies gemeinsam so auch auf den Weg bekommt.

Herr Kamplade teilte mit, dass der Grundgedanke der gestuften Vorgehensweise, welchen Herr Dr. Ingenthron herausgestellt hatte ganz wesentlich ist, gerade was das Vermittlungskonzept angeht. Jedoch auch bei dem Vorschlag der „Unterschutzstellung“ ist ein Stufengedanke der Hintergrund. Zunächst die Ausweisung der Denkmalzone in den unbebauten und komplett öffentlichen Bereichen – wonach keine Privatpersonen betroffen wären. Dann die Ergänzung der Denkmalliste sowie die Ausweisung eines Grabenschutzgebietes. Bei den letzten beiden Schritten wären auch Privatpersonen betroffen.

Ratsmitglied Herr Eisold äußerte sich positiv zum Schatz, der in Landau gehoben werden soll. Er merkte an, dass beim Vorschlag des Vermittlungsmoduls, was er persönlich sehr schön fand, der Vandalismus (Grafitischutz) im Hinterkopf sein sollte. Besonders habe ihm der Vorschlag der Begleitung durch Identifikationsfiguren gefallen. So kann man am besten vermitteln, wie die Leute damals gelebt haben.

Der Vorsitzende bedankte sich für diesen letzten, wichtigen Hinweis von Herrn Eisold. Dieser macht nochmals klar, dass es hier nicht nur um ein paar Steine geht.



Herr Dr. Smidt erläuterte, dass eine Kostenschätzung noch nicht vorliegt. Man ist aber derzeit am Erarbeiten. Mit dem genannten Budget wolle man die Vorabmaßnahmen während der Landesgartenschau finanzieren. Was das Thema Grafitischutz angeht, gibt es verschieden Möglichkeiten. Allerdings habe man nie einen 100%igen Vandalismusschutz.

Herr Dr. Himmelmann (Generaldirektion Kulturelles Erbe) stellte fest, dass die Festung Landau überirdisch wenig erlebbar ist, unterirdisch jedoch umso massiver. Nach interner Abstimmung hat man sich bei der GDKE darauf geeinigt, dass man dieses Projekt sehr stark gemeinsam und in enger Abstimmung mit der Verwaltung betreuen möchte. Das Instrument eines Grabungsschutzgebietes ist sehr geeignet um alle Interessen, auch die des Festungsbauvereines, mit einzubinden und partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Auf diese Weise rettet man auch mehr Denkmäler. Deshalb würde die GDKE diesen Weg gerne gemeinsam mit allen Beteiligten einschlagen.

Der Vorsitzende fragte im Anschluss nochmal die Mitglieder des Vereines, ob das Rollenverhältnis klar definiert und verstanden wurde. Der Festungsbauverein solle auch in Zukunft stets eingebunden werden und bei endgültigen Entscheidungen die Möglichkeit haben im Bauausschuss Stellung zu nehmen.

Die Herren Krämer und Weiler bestätigten dies.

Zum Schluss bedankte der Vorsitzende sich nochmals bei allen Beteiligten für die bisher so gut geleistete Arbeit. Er sieht den Prozess auf einem hervorragenden Weg.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Verschiedenes

Übersicht der rechtsverbindlichen Bebauungspläne im Stadtgebiet Landau

Herr Kamplade informierte über den ausgeteilten Plan an die Bauausschussmitglieder, mit der Übersicht der rechtsverbindlichen Bebauungsplangebiete im Stadtgebiet Landau. 42 % der bebauten Flächen sind überplant. Überall sonst gilt § 34 BauGB. Grundlage für diese Information war die Nachfrage von Ratsmitglied Herrn Lerch in der vorherigen Bauausschusssitzung am 25.11.2015.

Taxibeschilderung am Bahnhofsvorplatz

Ratsmitglied Herr Scheid machte darauf aufmerksam, dass am Bahnhofsvorplatz ein Taxihinweisschild fehlt.

Herr Bernhard klärte auf, dass am Kurzzeitparkplatz bereits Taxibeschilderungen angebracht wurden. Weitere folgen.

Bauprojekt in der Eutzinger Straße

Ratsmitglied Herr Dr. Ingenthron fragte nach dem aktuellen Stand zum von einer Nachbarin beantragten Baustopp des Bauprojektes in der Eutzinger Straße.

Herr Kamplade informierte, dass die Entscheidung beim Verwaltungsgericht über den Eilantrag gefällt worden ist. Der Verwaltung wurde zu 100 % Recht gegeben. Der Antrag wurde entsprechend



abgewiesen. Ob nun eine Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht eingereicht wird, wisse man noch nicht.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis.



Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Bauausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 21.01.2015 umfasst 9 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 29.

Vorsitzender:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Schriftführerin:

Marlen Müller